

Zwischen den Welten: Politiker als Manager – Manager als Politiker

Von Roman Schneider

Stellen Sie sich vor, nach 20 Berufsjahren etwas völlig Neues zu beginnen. Am besten in einem beruflichen Umfeld, das Ihnen zwar nicht ganz fremd ist, in dem Sie selbst aber noch nie größere Verantwortung übernommen haben. Mutig, ein solcher Schritt. Er will gut überlegt sein. Einen solchen Schritt machen Vorstandsmitglieder, wenn sie am Ende ihrer Vorstandstätigkeit in den Aufsichtsrat wechseln wollen. Und wenn schon einmal Vorsitzender des Vorstandes, dann auch bitte als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Weshalb also sollten Politiker und politische Spitzenbeamte diesem Beispiel nicht folgen?

Bei den Vorständen wird im Rahmen des sog. „Corporate-Governance-Kodex“ (Verhaltensregeln für gute Unternehmensführung) diskutiert, sie nicht per se in den Aufsichtsrat zu wählen. Dabei sollen auch Wartezeiten eingeführt werden (z. B. Aufsichtsrat erst nach fünf Jahren nach Ende der Vorstandstätigkeit). Das könnte auch ein Verfahren sein, wie Politiker ihre Karrieren verändern können. Nur: Was bedeutet das in der Praxis?

Fünf Jahre Auszeit, ja nur zwei Jahre Abstinenz sind in der schnelllebigen Wirtschaftswelt unheimlich lang. Zudem ist die „Halbwertszeit“ des Einflusses eines Politikers, wenn er in die Wirtschaft wechselt, maximal drei bis fünf Jahre. Daher wäre diese Regelung seitens der wechselwilligen Politiker eher ein Risiko. Denn:

Was macht man in den Jahren des Wartens?

Die zweite Alternative ist, in eine völlig neue, nicht von Beziehungsgeflechten geprägte Managementfunktion zu schlüpfen.

Also: neuer Kandidat in völlig neuer wirtschaftlicher Umgebung. Wie wertvoll ist in einer solchen Situation ein ehemaliger Politiker, wenn er nichts anderes als Politik gelernt hat und in diesem neuen Umfeld auch nicht auf seine Kontakte und Beziehungen bauen kann? Und wie ist der Wettbewerb der Manager untereinander, einen solchen Posten auf der Karriereleiter zu ergattern? Ich kenne keine Personalberater, denen ein solcher Karriereweg positiv aufgefallen ist.

Andersherum, also von der Wirtschaft in die Politik, ist ebenso schwierig. Bei allen zum Teil sehr polemisch geführten Diskussionen

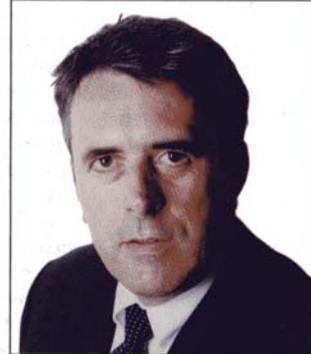
Der bevorstehende Wechsel des Staatssekretärs im Wirtschaftsministeriums und „Sherpas“ des Bundeskanzlers bei internationalen Konferenzen, Tacke, in die Energiewirtschaft hat erneut die Diskussion über – unzulässige? – Verknüpfungen zwischen Wirtschaft und Politik belebt. Denn Tacke hatte zuvor eine kartellrechtliche Ausnahmegenehmigung zu Gunsten von EON erteilt – dem Konzern, dem er künftig in neuer Funktion dient. Die Wechselbeziehungen Politik – Wirtschaft werden hier aus der Sicht eines Unternehmensberaters beleuchtet.

über die Managergehälter in Deutschland sollte doch klar sein, dass der finanzielle Anreiz für Top-Manager, in die Politik zu gehen, so gut wie nicht vorhanden ist. Zudem ist die Frage des Einstiegs in ein politisches Spitzenamt zu beantworten.

Manager sind nicht tief in die Strukturen ihrer eigenen Partei, die sie beruft, eingebunden. Der Seiteneinsteiger hat keine Hausmacht, kennt häufig die schwierigen Regeln nicht, die in Parteien herrschen, und ist es nicht gewohnt, sich zu Abstimmungen zu stellen. Managerkarrieren laufen grundsätzlich anders als Partei- und Politikkarrieren.

Was bringt nun unser Gemeinwesen wirklich weiter? Ich bin mir sicher, dass erfahrene Manager aus der Wirtschaft – sofern sie keine finanziellen Interessen mehr verfolgen und wirtschaftlich unabhängig sind – ein Gewinn auch für die Politik sein können.

Unsicher bin ich aber in der Bewertung der anderen Richtung. Es hat mit einem Glückspiel gewisse Ähnlichkeit, wenn ein ehemaliger Politiker sich auch als erfahrener und erfolgreicher Manager beweisen kann. Bislang fehlen die wirklich erfolgreichen Beispiele – vielleicht mit der Ausnahme von Lothar Späth.



SO-Autor Roman Schneider, Diplom-Ökonom und Diplom-Betriebswirt, ist geschäftsführender Gesellschafter der S-M-M Managementberatung GmbH, Düsseldorf.